

Gemeindeverwaltung
- Ostseebad Binz -

Niederschrift

über die Sitzung des **Ausschusses für Soziales, Bildung und Sport**

am 14.11.2018

anwesend: (siehe x)

unter dem Vorsitz von Frau Renate Rösner

Die Gemeindevertreter:

- | | |
|---------------------|---|
| 1. Rösner, Renate | x |
| 2. Holtz, Helga | x |
| 3. Schneider, Silke | x |

Die Sachkundigen Einwohner:

- | | |
|----------------------|---|
| 4. Steinfurth, Linda | x |
| 5. Padur, Steffi | x |

Gäste: Frau Küster - Amtsleiterin Amt für Zentrale Dienste und Soziales
Herr Behrens - Amtsleiter Kämmerei

Protokoll der 27. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung und Sport am 14.11.2018

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Ort: Gemeindeverwaltung Ostseebad Binz
Jasmunder Str. 11 in 18609 Ostseebad Binz

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Tagesordnung:

öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung öffentlicher Teil
4. Einwohnerfragestunde
5. Vorstellung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2019
Zu diesem TOP ist der Kämmerer, Herr Behrens, geladen
6. Festlegung der Sitzungstermine des Sozialausschusses für das Jahr 2019

nichtöffentlicher Teil

7. Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung nichtöffentlicher Teil
8. Sonstiges

öffentlicher Teil

zu 1.

Frau Rösner begrüßt die Ausschussmitglieder, Frau Küster und Herrn Behrens. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung fest, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu 2.

Der Ausschuss für Soziales, Bildung und Sport bestätigt die Tagesordnung.

zu 3.

Das Protokoll der Sitzung vom 26.09.2018 - öffentlicher Teil - wird bestätigt, mit der Korrektur zum richtigen Abstimmungsergebnis.

Das korrekte Abstimmungsergebnis lautet:	Ja-Stimmen:	3
	Nein-Stimmen:	2
	Enthaltungen:	-

Abstimmung:	Ja-Stimmen:	3
	Nein-Stimmen:	-
	Enthaltungen:	1

zu 4.

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde spricht Frau Schulz den Sachverhalt an, dass es schade ist, keinen direkten Ansprechpartner mehr am Bahnhof zu haben.

Frau Rösner kündigt an, darüber mit dem Bürgermeister zu sprechen, um so eine Lösung zu finden. Sie spricht sich deutlich für einen personenbedienten Verkauf aus.

zu 5.

Der geladene Amtsleiter der Kämmerei, Herr Behrens, stellt sich zu diesem TOP vor und bekommt das Wort erteilt.

Zuerst erklärt er etwas zum allgemeinen Haushalt und zu der Haushaltslage. Herr Behrens berichtet, dass der Haushalt 2019, der voraussichtlich in der Dezembersitzung der Gemeindevertretung beschlossen wird, im Wesentlichen aus 3 Teilen: „erweitern, erschließen, erhalten“ besteht.

„Erweitern“ steht dabei für Prora und die Entwicklung von Straßen und Grundstücken, „erhalten“ steht für den „Altbestand“ im Süden des Gemeindegebietes und „erschließen“ steht für die mittig gelegenen MZO- und EWE-Gelände, welche für die Gemeinde, aber auch für den Verkauf erschlossen werden sollen.

Planungsziele seien ein ausgeglichener Haushalt, die Erfüllung der gemeindlichen Pflichtaufgaben, wie Ausstattung der Schulen, der Feuerwehr und der Kita's, die Unterhaltung der gemeindlichen Infrastruktur, die Umsetzung der Beschlüsse der Gemeindevertretung und die Aufrechterhaltung der freiwilligen Leistungen, wie Begrüßungsgeld, Zuschüsse an Vereine, Unterhaltung der Sportstätten, Spielplätze und des Freizeitzentrums.

Weiterhin wurden die Steuersätze auf Vorjahresniveau erhalten.

Herr Behrens informiert, dass es für 2019 nicht vorgesehen sei, Fremdkapital aufzunehmen, sondern dass alle angestrebten Maßnahmen aus eigenen Mitteln und Zuschüssen realisiert werden können. Daher liegt keine genehmigungspflichtige Haushaltssatzung vor, sondern diese muss nur beim Landkreis angezeigt werden.

Herr Behrens erklärt den Ausschussmitgliedern, dass in den ausgeteilten Unterlagen das Ergebnis von 2017 noch nicht vorliegt und es sich deswegen im Vergleich zu 2018 und 2019 nur um Planwerte handelt. Der Ansatz 2018 ist der Ansatz des Haushaltes, noch nicht des Nachtrages, da dieser ja erst am 15.11.2018 durch die Gemeindevertretung beschlossen wird. Da der Orientierungsdatenerlass mit den Festlegungen der Schlüsselzuweisungen, Einkommenssteuer- und Umsatzsteuerzuweisung noch nicht berücksichtigt ist, wurden an dieser Stelle die Vorjahreswerte geplant.

Weiterhin steht laut Herrn Behrens die Höhe der Kreisumlage noch nicht fest.

Herr Behrens gibt Auskünfte zum Stellenplan. Er erklärt, dass die Stelle Nummer 23 „Amtsleiter/in Bauamt“ mit einem ku-Vermerk (künftig umzuwandeln) versehen ist. Das bedeutet, wenn die Leiterin des Bauamtes aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet und die Stelle neu zu besetzen ist, dann muss, laut einer Landesvorschrift, ein/e Beamter/in auf dieser Stelle eingesetzt werden. Weiterhin gibt es eine Umsetzung. Die Stelle Nummer 25 „Bußgeld/Verkehr“ wird umgesetzt auf die Stelle Nummer 35 „Baucontrolling“.

Die noch nicht besetzte Stelle Nummer 35 soll besetzt werden als Stelle „Ortsentwicklung“ und nächstes Jahr soll es erstmals zu einer Einstellung von 1,5 VzÄ; sprich zwei Personen, kommen. Es handelt sich dabei um Nummer 37 und Nummer 43, Reinigungskräfte in Grundschule und in der Sporthalle IV.

Dadurch wird eine qualitative Verbesserung der Reinigungsleistungen in den Objekten angestrebt und auch alle anderen Objekte sollen nach und nach von eigenen Reinigungskräften gepflegt werden. Die bestehenden Verträge werden entsprechend der Fristen gekündigt.

Das Jahresergebnis von 1,571 Millionen € ist hauptsächlich der Tatsache geschuldet, dass das MZO-Gelände verkauft werden soll und auch ein Verkauf der Sporthalle I geplant ist. Dadurch kommen erhoffte Erlöse von 3,86 Millionen € zustande, welche nicht als Ergebnis ausgewiesen werden, sondern in laufende Aufwendungen, wie Instandhaltungen, einfließen. Rücklagen werden nicht gebildet oder aufgelöst und der Haushaltsausgleich ist in der Ergebnisrechnung erreicht.

Der Finanzhaushalt weist ein Defizit 1,856 Millionen € im laufenden Haushalt aus. Das bedeutet, dass es mehr Ausgaben als Einnahmen gibt. Damit wäre der Haushaltsausgleich im Jahr formell nicht gegeben aber durch Vorträge aus den Vorjahren kann der Ausgleich trotzdem erreicht werden.

Dagegen steht Überschuss von 1,482 Millionen € im Investitionshaushalt, aufgrund von Grundstücksverkäufen.

Somit kann der laufende Haushalt mit dem Investitionshaushalt aufgefangen werden und dadurch ist der Haushaltsausgleich auch in der Finanzrechnung erreicht.

Der Finanzmittelbestand wird nach Berechnungen momentan am kommenden Jahresende bei 500.000 € liegen.

Das bedeutet auch, dass wenn weitere Projekte finanziert werden sollen, nach jetzigem Stand ab 2020 auf Fremdfinanzierung zurückgegriffen werden muss.

Herr Behrens informiert, dass die im Jahr 2019 anfallenden, wesentlichen Maßnahmen hauptsächlich aus dem Bereich des Bauamtes kommen.

So soll der Knotenpunkt Prora Nord zu Ende gebaut werden. Es soll eine Ausfahrt in Richtung Bergen geschaffen werden. Die Idee ist, unter der Brücke eine Spur zu bauen, sodass auch eine Ausfahrt in Richtung Bergen möglich ist. Dafür sind 1,21 Millionen € eingeplant.

Weiterhin ist die Sanierung der Putbuser Straße für 615.000 € angedacht und die Planung eines Bahnüberganges an der Gefahrenstelle MZO-Gelände, wo der Radweg aufhört, in Höhe des Schulgeländes, für 800.000 € in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn.

Für die Entwicklung des EWE-Geländes sind 100.000 € im Rahmen eines Ideenwettbewerbes geplant.

Weiterhin aufgeführt sind die Planungskosten für die Sanierung der Zeppelinstraße und danach der Zinglingstraße.

Für den Bau des „Haus der Binzer Vereine“ sind insgesamt 3 Millionen € eingestellt.

1,5 Millionen Euro werden dieses Jahr noch nicht ausgeben. Diese werden auf das nächste Jahr übertragen und dazu kommen dann weitere 1,5 Millionen €.

Das MZO-Gelände wird durch die Gemeinde in Höhe von 767.000 € erschlossen.

Dann stehen laut Herrn Behrens noch „kleine“ Maßnahmen an, wie der Bau von 10 Bushaltesthäuschen in Prora, die Neugestaltung des Friedhofes, der Bau einer Kompostieranlage und die Sanierung der „Ahlbeck“ in Zusammenarbeit mit dem Zweckverband.

Im Bereich des Ordnungsamtes soll im nächsten Jahr für die Freiwillige Feuerwehr ein neues Löschfahrzeug angeschafft werden, was auch gefördert wird. Die Gemeinde möchte 450.000 € ausgeben und erhält im Bestfall 100.000 € Zuweisungen dafür.

Im Bereich Soziales sind neue Verträge für die Kita`s vorgesehen.

Der diesjährige, geplante Haushalt für „Lütt Matten“ wurde von 336.500 € durch den Nachtrag auf 369.600 € erhöht, bedingt auch durch die Veränderung der Kinderzahlen. Für nächstes Jahr sind 461.500 € eingeplant.

Bei der Kita „Seesternchen“ waren im ursprünglichen Plan 217.000 € angedacht, der Nachtrag wurde auf 241.000 € veranschlagt und nächstes Jahr werden laut Planung 242.700 € ausgeben.

Das Geld ist laut Herrn Behrens vorsorglich eingeplant, unabhängig von der Beschlussfassung der Gemeindevertretung am 15.11.2018. Im Haushalt sind die Mittel somit bereitgestellt und können, bei Mehrheitsentscheidung dafür, ausgegeben werden aber müssen es auch nicht.

Sonst wurde im sozialen Bereich alles gelassen wie in den Vorjahren.

Der Zuschuss für das Freizeitzentrum beträgt 65.000 € und der Zuschuss für die Seniorenarbeit 1.500 €.

Für die Vereine sind 5.000 € im Haushalt eingeplant, jedoch noch ohne Berücksichtigung der Beschlussfassung der Gemeindevertretung am 15.11.2018 über zusätzliche 2.000 € und zusätzliche 2.000 € für die Sommerspiele. Diese beiden Positionen sind noch nicht berücksichtigt, würden dann aber mit eingestellt werden.

Beide Schulen werden nächstes Jahr mit circa 280.000 € bezuschusst.

Frau Küster ergänzt, dass jedes Jahr zwei Klassenzimmer mit Malerarbeiten und Möblierung geplant sind.

Herr Behrens erläutert die Planung für die Grundschule mit 12.000 € für Bodenbelagsarbeiten, 3.000 € für die Renovierung der zwei Klassenräume und die Erneuerung der Fensterdichtungen und Malerarbeiten im oberen Flur für 5.500 €.

In der Regionalen Schule sind für die zwei Klassenräume 3.200 € geplant und ein zusätzliches Budget für Fußbodenbelagsarbeiten und die Erneuerung von fünf Innentüren.

Bei der Obdachlosenunterkunft und den Kita`s benennt Herr Behrens keine Abweichung zu den Vorjahren.

Frau Schneider fragt, wie die Friedhofsneugestaltung aussehen soll.

Frau Küster erklärt, dass es sich dabei zum Beispiel um die Gestaltung der Wege, Neuanschaffung von Bänken und Wassertonnen handelt und dass das, was immer bemängelt wurde, jetzt abgestellt werden soll.

Frau Schneider fragt an, wer sich darum kümmert.

Frau Küster sagt, dass dafür Frau Leisge, Sachbearbeiterin Liegenschaften zuständig ist, federführend durch die Amtsleiterin des Bauamtes Frau Guruz.

Herr Behrens bemerkt, dass noch nicht klar ist, ob die Gemeinde oder eine Fremdfirma mit der Neugestaltung zu tun haben wird.

Frau Schneider spricht den unschönen Zustand des Verbindungstores zwischen dem neuen und dem alten Friedhof an.

Herr Behrens erläutert, dass 30.000 € eigestellt sind und diese Summe auch benötigt wird.

Frau Holtz fragt an, ob die Neugestaltung des Friedhofes auf Grund des Rundganges, der vom Seniorenbeirat initiiert wurde, in den Fokus gerückt worden ist.

Frau Küster bestätigt das und fügt an, dass aber auch Frau Guruz selbst mit den Mitarbeitern des Bauamtes einen Rundgang über den Friedhof gemacht hat.

Frau Rösner dankt Herrn Behrens für seinen Beitrag und verabschiedet ihn.

Frau Padur erschien um 19.15 Uhr.

zu 6.

Frau Küster hat in Vorbereitung auf die Planung der Sitzungstermine für 2019 den Mittwoch als Sitzungstag berücksichtigt.

Frau Steinfurth fragt, ob die Planung der Termine auch nur bis Mai stattfinden kann, aufgrund der kommenden Neuwahlen.

Frau Küster antwortet, dass dies nicht günstig wäre, da sich ja alle anderen Termine der Ausschüsse nicht ändern werden und die Fristen gewahrt werden müssen.

Sie verliest die geplanten Termine, die sich wie folgt verteilen:

16.01.2019

06.03.2019

08.05.2019

14.08.2019

25.09.2019

13.11.2019.

Frau Holtz fragt an, ob ein Vorschlag für die Terminverteilung der Gemeindevertretersitzungen möglich ist.

Frau Küster antwortet, dass Frau Holtz als Gemeindevertreterin diese Anfrage in der Gemeindevertretersitzung stellen kann.

Frau Holtz entgegnet, dass ihre Anfrage im Finanzausschuss auch im Protokoll niedergeschrieben wurde.

Frau Küster sagt, dass die Anfrage auch im Protokoll des Sozialausschusses aufgenommen werden kann.

Frau Holtz erklärt sich, dass sie die Zeit von 10 Wochen zu lang findet, vom 13.12.2018 bis zur nächsten Sitzung Ende Februar. Sie befürchtet dann eine sehr lange Tagesordnung. Es wäre somit gut, den Termin im Februar um eine Woche nach vorne zu verschieben.

Frau Küster fasst zusammen, dass zu überdenken wäre, die Gemeindevertretersitzung am 28.02.2019 wenn möglich um eine Woche vorher stattfinden zu lassen.

Sie gibt aber zu bedenken, dass im Februar auch Bürgermeisterwoche ist und dass deswegen wahrscheinlich die Sitzung erst Ende Februar angesetzt ist.

Abstimmung:	Ja-Stimmen:	5
	Nein-Stimmen:	-
	Enthaltungen:	-



Frau Rösner
Ausschussvorsitzende



Frau Burkhardt
Protokollantin